

BUDGET-KRIMI ZU ENDE:
EU-GIPFEL ERZIELT EINIGUNG

Budget-Krimi zu Ende: EU-Gipfel erzielt Einigung

08.02.2013 | 17:44 | (DiePresse.com)

Nach einem zweitägigen Verhandlungsmarathon haben sich die 27 EU-Staats- und Regierungschefs auf einen Ausgabenrahmen für die Jahre 2014 bis 2020 verständigt. Österreich wird einen Teil seines Rabatts behalten.

Nach einem fast zweitägigen Verhandlungsmarathon und Monaten des Tauziehens und der Unsicherheit haben sich die 27 EU-Staats- und Regierungschefs am Freitagnachmittag auf einen Finanzrahmen von 2014 bis 2020 geeinigt. "Ein Deal wurde erzielt", teilte Gipfelchef Herman van Rompuy auf Twitter mit. Der Gipfel habe sich auf den Finanzrahmen "für den Rest der Dekade geeinigt".

Die Staats- und Regierungschefs beschlossen für das siebenjährige Budget eine Ausgabenobergrenze von 959,988 Milliarden Euro in Verpflichtungsermächtigungen. Damit sei das EU-Budget auf 1,0 Prozent der europäischen Wirtschaftsleistung real gekürzt worden, sagte EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy nach dem Ende der Gipfelberatungen am Freitag. In tatsächlichen Zahlungen liegt die Obergrenze bei 908,4 Milliarden Euro. Die Einigung zeige eine "gemeinsame Verantwortung europäischer Leader", sagte Van Rompuy. Das Budget sei zukunftsorientiert, realistisch und von gegenwärtigen Sorgen angetrieben.

Nach Angaben von SP-Kanzler Werner Faymann werden die Netto-Beiträge Österreichs bei 0,31 Prozent liegen. Zur ländlichen Entwicklung betonte er, dass "die 700 Millionen Euro, die wir zusätzlich das letzte Mal erhalten haben, wir auch ins Ziel brachten". Darüber hinaus gebe es auch einen "schönen Erfolg" für die Verteidigung des Rabatts, wo es ebenfalls über die sieben Jahre 700 Millionen Euro gebe, wobei in der Schlussphase zusätzlich noch 60 Millionen Euro als Pauschale dazugekommen seien. Wenn man davon ausgehe, dass bei den 0,31 Prozent der Wirtschaftsleistung Österreichs an Beiträgen an die EU die Kommission die tatsächlich anfallenden Beiträge mit 0,24 Prozent schätze, würde das über die nächsten sieben Jahre lediglich 790 Millionen Euro pro Jahr für Österreich bedeuten. "Das ist ein durchaus vertretbarer Betrag". Immerhin habe Österreich die Verhandlungen mit 0,37 Prozent begonnen. Das nun erzielte Ergebnis sei "herzeigbar" (mehr dazu).

Merkel: "Entscheidende Etappe"

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel begrüßte ebenfalls das "Ergebnis zu 27" beim EU-Finanzgipfel in Brüssel. Dies sei eine "entscheidende Etappe". "Aus meiner Sicht ist diese Einigung gut und wichtig", sagte Merkel. Europa habe damit Handlungsfähigkeit und Planbarkeit bewiesen.

EU-Kommissionschef Jose Manuel Barroso erklärte, das Budget liege unter den Erwartungen der EU-Kommission. Das Budget könne aber dennoch als Katalysator für Wachstum und Beschäftigung dienen. Es sei eine Grundlage für Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament.

EU-Parlament muss noch zustimmen

Denn damit der Finanzrahmen in Kraft treten kann, muss noch das EU-Parlament zustimmen. Parlamentschef Martin Schulz nannte am Freitag auf "Twitter" Bedingungen dafür - seine vorangegangene Vetodrohung schwächte er damit indirekt ab. So wolle das EU-Parlament eine Revisionsklausel binnen weniger Jahre und Flexibilität, über die mit qualifizierter Mehrheit zu entscheiden wäre, schrieb Schulz. Für den "kleinsten gemeinsamen Nenner" wäre eine Mehrheit im EU-Parlament "schwer zu finden".

Österreich dürfte seinen Rabatt übrigens nur teilweise behalten. Ein früherer Vorschlag Van Rompuys sah vor, dass der Der Rabatt vom Briten-Rabatt weiter ungefähr 95 Millionen Euro ausmacht. Allerdings würde Österreich keinen Rabatt mehr durch einen niedrigeren Beitragssatz für die Mehrwertsteuer-Abgaben nach Brüssel erhalten. Damit entfallen rund 100 Millionen Euro Vergünstigungen im Jahr.

(APA/Reuters/Red.)

Der Einsatz ist in folgenden Unterrichtsgegenständen möglich (Auswahl):

	GEGENSTAND	THEMENBEREICH	KLASSE
➔	BERUFSBILDENDE HÖHERE SCHULEN (BHS) – HANDELSAKADEMIE		
	Internationale Wirtschafts- und Kulturräume	Aspekte der Internationalisierung und Globalisierung	V. JG
	Volkswirtschaft	Europäische Wirtschaft	V. JG
	Politische Bildung und Recht	Europäisches Recht	IV. JG
➔	BERUFSBILDENDE HÖHERE SCHULEN (BHS) – HÖHERE LEHRANSTALT FÜR WIRTSCHAFTLICHE BERUFE		
	Betriebs- und Volkswirtschaft	Wirtschafts- und Sozialpolitik des Staates	II. bis V. JG
	Politische Bildung und Recht	EU-Recht	IV. bis V. JG
➔	BERUFSBILDENDE MITTLERE SCHULEN (BMS) – HANDELSSCHULE		
	Betriebswirtschaft einschließlich volkswirtschaftlicher Grundlagen	Internationale Wirtschaftstätigkeit Geld und Volkswirtschaft	2. Kl. 3. Kl.
➔	BERUFSBILDENDE MITTLERE SCHULEN (BMS) – DREIÄHRIGE FACHSCHULE FÜR WIRTSCHAFTLICHE BERUFE		
	Betriebs- und Volkswirtschaft	Wirtschafts- und Sozialpolitik des Staates	2. bzw. 3. Kl.
➔	ALLGEMEIN BILDENDE HÖHERE SCHULEN (AHS)		
	Geografie und Wirtschaftskunde	Gesamtwirtschaftliche Leistungen und Probleme – Wirtschafts- und Sozialpolitik	7. Kl.
		Globalisierung – Chancen und Gefahren	8. Kl.

AUFGABENSTELLUNGEN ZUM TEXT

Kompetenzstufen		
<ul style="list-style-type: none">  Wissen  Verstehen 	<ul style="list-style-type: none">  Analyse  Anwendung 	<ul style="list-style-type: none">  Bewertung

Lösen Sie die folgenden Aufgaben:

Literaturtipps: AWS EU-PLUS EU-Budget



a) Stellen Sie grafisch dar, aus welchen Einnahmen sich das EU-Budget zusammensetzt.



b) Wie kommt das EU-Budget zustande?



c) Recherchieren Sie: Warum haben die Verhandlungen zum Finanzrahmen für die Jahre 2014 bis 2020 so lange gedauert?



d) Wo liegt der Unterschied zwischen Verpflichtungs- und Zahlungsermächtigungen?



e) Was sind die grundlegenden Eckpunkte des neuen EU-Budgets?



f) Was bedeutet, dass das EU-Budget auf 1 % der europäischen Wirtschaftsleistung real gekürzt wurde?



g) Wie soll sich das neue EU-Budget auf Österreich auswirken?



- h) Wird das Verhandlungsergebnis auf jeden Fall so umgesetzt? Begründen Sie Ihre Antwort.



- i) Diskutieren Sie: Wie beurteilen Sie die „Rabattschlacht“ rund um das EU-Budget? Sammeln Sie dazu Medienberichte aus zumindest fünf österreichischen Zeitungen.



- j) Diskutieren Sie: Wie beurteilen Sie das neue EU-Budget? Zur Vorbereitung Ihrer Argumentationsbasis werten Sie nationale und internationale Medienberichte aus.
-



LÖSUNGSVORSCHLÄGE

a)

Einnahmen		100 %
Eigenmittel	<ul style="list-style-type: none"> • Traditionelle Eigenmittel • MWSt-Eigenmittel • Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel (BNE-Eigenmittel) 	99 %
sonstige Einnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Steuern, die auf die Gehälter der EU-Bediensteten erhoben werden • Beiträge von Drittländern zu bestimmten EU-Programmen • Bußgelder von Unternehmen, die gegen Rechtsvorschriften verstoßen haben 	1 %

b) "Die Kommission erstellt den jährlichen Entwurf für den Haushaltsplan, der dem Rat (d.h. den Finanzministern der 27 Mitgliedstaaten) und dem Europäischen Parlament bis spätestens zum 1. September vorgelegt wird.

Zunächst verabschiedet der Rat seinen Standpunkt und übermittelt diesen vor dem 1. Oktober dem Europäischen Parlament. Im Anschluss daran hat das Parlament 42 Tage, um den Haushalt in erster Lesung im Oktober anzunehmen oder ihn mit seinen Änderungen an den Rat zurückzuschicken. Der Rat kann die Änderungen innerhalb von 10 Tagen akzeptieren und den Haushaltsentwurf annehmen.

Wenn der Rat die Änderungen des Parlaments nicht akzeptiert, wird ein Vermittlungsausschuss eingesetzt. Diesem gehören die Mitglieder des Rates oder deren Stellvertreter sowie dieselbe Anzahl Vertreter des Europäischen Parlaments an. Innerhalb von 21 Tagen muss der Vermittlungsausschuss einen gemeinsamen Text vorlegen. Schlägt das Vermittlungsverfahren fehl, muss die Kommission einen neuen Entwurf für den Haushaltsplan vorlegen.

Sobald sich der Vermittlungsausschuss Anfang November auf einen gemeinsamen Text geeinigt hat, haben der Rat und das Parlament 14 Tage Zeit, um den Text anzunehmen oder abzulehnen. Das Parlament kann den Haushalt annehmen, auch wenn der Rat den gemeinsamen Text ablehnt. Sollten sowohl der Rat als auch das Parlament den gemeinsamen Entwurf ablehnen oder zu keinem

Beschluss gelangen, gilt der Haushalt als abgelehnt, und die Kommission muss einen neuen Entwurf vorlegen.

Ist der Haushalt zu Beginn eines Haushaltsjahres noch nicht endgültig verabschiedet worden, können monatliche Ausgaben in Höhe von höchstens einem Zwölftel der im abgelaufenen Haushaltsplan bereitgestellten Mittel vorgenommen werden."¹

- c) *Die 27 EU-Staats und Regierungsschefs konnten sich bis Februar weder auf die Höhe des Haushalts noch auf die Verwendung des Geldes einigen. Im Mittelpunkt stand die Frage: Für welche Aufgaben soll die EU wie viele Mittel erhalten.*
- d) *Die Verpflichtungsermächtigungen geben an, bis zu welcher Höhe die EU im jeweiligen Jahr Ausgaben beschließen kann. Damit wird die Verpflichtung eingegangen, Zahlungen später auch zu leisten. Die Zahlungsermächtigungen hingegen stehen im Haushaltsplan des jeweiligen Jahres für tatsächlich zu leistende Zahlungen zur Verfügung.*
- e) *Das EU-Budget 2014 bis 2020 soll eine Ausgabenobergrenze von 959,988 Milliarden Euro in Verpflichtungsermächtigungen haben. Für die Zahlungsermächtigungen ist eine Obergrenze von 908,4 Milliarden vorgesehen.*
- *die größten Posten sollen nach wie vor Ausgaben für Landwirtschaft und Strukturhilfen sein, allerdings mit abnehmender Tendenz*
 - *der zweitgrößte Posten nach den Agrarmitteln sind mit ca. 36 % der Beitrag zu den Kohäsions- und Strukturfonds, die für die ärmeren EU-Staaten im Osten und Süden gedacht ist*
 - *Einrichtung eines Fördertopfs zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit*
 - *Einfrierung von Gehältern und Pensionen der EU-Beamten zwei Jahre lang*
 - *Personaleinsparungen bei allen EU-Institutionen um 5 % (durch mehr Arbeitsstunden ohne Lohnausgleich)*
 - *Einsparungen im Telekom-Infrastrukturbereich*
- f) *Der Höchstbetrag des EU-Budgets im mehrjährigen Finanzrahmen wird nicht fix festgelegt. Er bemißt sich jeweils am Bruttonationaleinkommen (BNE) der europäischen Wirtschaftsleistung. Im letzten Finanzrahmen belief er sich auf 1,2 %. In der Periode 2014 bis 2020 soll er nun bei einem Prozent liegen.*
- g) *Österreich zahlt so genannte Bruttobeiträge an die EU. Einen Teil davon - die so genannten Rückflüsse - bekommt Österreich zurück. Zieht man von den Bruttobeiträgen die jeweiligen Rückflüsse ab, erhält man die Nettobeiträge. Diese sollen bei 0,31 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen. Rückflüsse sind z. B. Mittel für Maßnahmen zur Förderung des Wirtschaftswachstums, der Beschäftigungsentwicklung oder für Forschung.*

Beibehalten wird Österreichs Rabatt am sogenannten Briten-Rabatt, der 100 Millionen Euro pro Jahr ausmacht. Der Britenrabatt ist ein Rabatt des Vereinigten Königreichs im Ausmaß von ca. 2/3 seiner

¹ ec.europa.eu

Nettozahlungen. Dieser wird von den übrigen Mitgliedstaaten im Verhältnis ihres BIP-Anteils finanziert. Die größten Nettozahler Österreich, Deutschland, Schweden und Niederlande beteiligen sich seit 1999 nur noch mit 25 % ihres ursprünglichen Anteils.

Der Mehrwertsteuerrabatt, der im aktuellen Finanzrahmen 560 Millionen Euro beträgt, fällt hingegen weg und wird durch eine 60-Millionen-Euro-Pauschale ersetzt.

h) Nein, damit der mehrjährige Finanzrahmen in dieser Form kommt, muss noch das Europäische Parlament zustimmen.

i) individuelle Schülerlösung

j) individuelle Schülerlösung

Impressum

Medieninhaber und Herausgeber

AWS Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Schule im Rahmen des
Instituts für Bildungsforschung der Wirtschaft

Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien, wko.at/aws

Die Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Schule (AWS) ist eine Initiative
des Österreichischen Sparkassenverband und ist als Projekt am Institut
(ibw), Rainergasse 38, 1050 angesiedelt.

Leiter: Mag. Josef Wallner

Autorin

Mag. (FH) Petra Stöhr

Redaktion

Mag. Josef Wallner, Gudrun Dietrich